



Presseschau vom 23.09.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Gefunden auf der Facebook-Seite der Strelkow-Gruppe:

Der General der ukrainischen Armee Ruban schockiert die Ukrainer mit einer Erklärung zur Unterstützung des DVR

„Im Donbass wird der Traum des Maidan umgesetzt und darum von der Ukraine beneidet“ Der Leiter des Zentrums für die Freilassung von Gefangenen, Generaloberst im Ruhestand Wladimir Ruban, ist der Auffassung, dass in den Donezker und Lugansker Volksrepubliken alle Rechte und Freiheiten beachtet werden, ein richtiges Land ohne Oligarchen aufgebaut wird, und die Ukraine eifersüchtig auf diese Erfolge ist.

Dies berichten ukrainische Medien.

"Das Projekt „Novorossia“ umfasst nicht nur die 2, sondern insgesamt 8 Regionen. Hier versuchen keine heiligen Romantiker, irgendein neues Land bauen.

So, wie sie sich dort entwickeln, erregt es Neid unter den Ukrainern, unter denen, die auf dem Maidan standen, und verstehen, warum sie dort standen. Hier ist es möglich, ... (ein Land), ohne Oligarchen zu bauen. Hier werden die Forderungen erfüllt, die auf dem Maidan aufgestellt wurden.

Ein großer Teil der ukrainischen "Hurra-Patrioten" hält mich für einen Verräter, wenn ich etwas Gutes über die Donezker Republik sage. Ich habe eine Menge Schlechtes hier gesehen, aber ich kann auch sehen, wie sie sich entwickeln, wohin sie gehen“, sagte er. Darüber hinaus glaubt er, dass das Beispiel der Republiken als Modell für die Ukraine dienen

könnte.

"Die Freiheiten, die sie protokollieren, einfordern und einhalten, würden auch mit Freude in den Regionen Poltawa, Kiew und Chmelnyzki angenommen werden", betonte er.



https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xap1/v/t1.0-9/12033049_460015400852109_1514383204079632819_n.jpg?oh=18bbba6948f0d7b07fc451c56b7bbff2&oe=5690B2C7

Vormittags:

De.sputniknews.com: Eine Fortsetzung der Nato-Erweiterung an Russlands Grenzen wird entsprechende Gegenmaßnahmen nach sich ziehen, so der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Er äußerte sein Bedauern darüber, dass Kiew dahin gehende Pläne deklariert.

„Natürlich führt uns jedes Heranrücken dieser Organisation in Richtung unserer Grenzen zu der Notwendigkeit, entsprechende Gegenmaßnahmen zur Gewährleistung unserer eigenen Sicherheit zu ergreifen“, betonte der Pressesprecher des Präsidenten vor Journalisten in seiner Stellungnahme zur Erklärung des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, wonach Kiew auf die weitere Annäherung der Ukraine mit der Nato hinsteuern werde. Solche Pläne können nichts außer Bedauern hervorrufen, fügte Peskow hinzu.

Die Nato habe ihre Zweckbestimmung hinsichtlich der ursprünglichen Ziele nicht verändert und ist dazu auch nicht fähig, sagte der Pressesprecher. „Man sollte nicht vergessen, dass die Organisation in den Zeiten der Konfrontation und zwecks Konfrontation gebildet wurde. Deshalb kann die Nato das Wesen ihrer Existenz nicht ändern.“

Poroschenko hatte seine Äußerung in einer Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine gemacht, der der Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg beiwohnte. In diesem Zusammenhang fragte Peskow scherzhaft: „Hat Stoltenberg daran teilgenommen – oder hat er dabei den Vorsitz geführt?“

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen habe in den letzten 24 Stunden zweimal das Regime der Feuereinstellung im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR verletzt, teilte das Verteidigungsministerium der Republik mit.

So haben um 6:50 die ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Luganskoje Losowoje mit Schusswaffen beschossen.

Um 18:35 wurden aus Luganskoje sechs Schüsse mit Granatwerfern auf den Bereich des Dorfes Kalinowka abgegeben.

„Verletzte unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten gibt es nicht.“

De.sputniknews.com: Vertreter der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben der Kiewer Seite eine Roadmap für die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vorgelegt. Wie RIA Novosti aus gut informierten Quellen erfuhr, wurde das in einer Sitzung der Untergruppe der Minsker Kontaktgruppe für politische Fragen getan.

Der erste Punkt der Roadmap sei ein Amnestiegesetz, das Kiew verabschieden soll. „Dieses lässt sich innerhalb einer Woche annehmen“, zitiert die Agentur die Quelle. Punkt zwei sieht die Einstellung der Militäroperation vor. „Dafür braucht man keine Gesetze anzunehmen“, hieß es. Präsident Petro Poroschenko könnte dies einfach per Befehl erledigen.

Gemäß dem dritten Punkt soll das Gesetz über den Sonderstatus der Region Donbass deblockiert werden. „Gleichzeitig soll ein Sondergesetz über die Wahlen“ verabschiedet werden.

Dan-news.info: Die Nacht in den frontnahen Städten und Bezirken der DVR verlief ruhig, Beschüsse durch die ukrainischen Streitkräfte wurden nicht festgestellt.

„Die Nacht lief ruhig, es gab keine Beschüsse von ukrainischer Seite“, sagte der Leiter des Kujbyschewskij-Bezirks der Hauptstadt Iwan Prichodko. Das Regime der Ruhe wurde auch in den Bezirken Kiewskij, Petrowskij und Kirowskij von Donezk eingehalten.

In der letzten Nacht wurden auch in Dokutschajewsk, Makejewka, Gorlowka und Jasinowataja keine Beschüsse festgestellt. „Die Nacht war ruhig, keinerlei Daten über Beschüsse gingen ein“, erklärte das Bürgermeisteramt von Jasinowataja.

„Gott sei Dank verlief die Nacht ruhig, ohne Vorkommnisse. Informationen über Opfer, Zerstörungen und Verletzte gibt es auch nicht“, sagte der Leiter des Telmanowo-Bezirks Sergej Iwanow.

Die Behörden der Bezirke Nowoasowsk, Amwrosiewka und Starobeschewo haben auch keine Verstöße gegen das Regime der Feuereinstellung in den Ortschaften an der Kontaktlinie festgestellt.

„Die Nacht war völlig ruhig, Beschüsse durch die ukrainischen Streitkräfte gab es nicht“, unterstrich der Leiter des Nowoasowsk-Bezirks Oleg Morgun.

De.sputniknews.com: Die Journalistin Alla Gruschko, die bei einem Kiew-treuen Fernsehsender angestellt war, hat ihre Arbeitsstelle aufgegeben und ist auf die Seite der selbsterklärten Lugansker Volksrepublik gewechselt, wie sie ihre Kollegen in Lugansk mitteilte.

Der ursprünglich in Lugansk ansässige Fernsehsender war zu Beginn des Militäreinsatzes Kiews im Osten des Landes in die von der ukrainischen Führung kontrollierte Stadt Sewerodonezk umgezogen.

„Der TV-Kanal gehört einem Ex-Abgeordneten der Werchowyna Rada. Seine Politik hängt von der Position der Aktionäre, Gründer und Eigentümer sowie von den gesamtukrainischen Tendenzen aller Massenmedien ab“, sagte Gruschko zur Begründung ihrer Entscheidung. Die Sendungen des TV-Kanals würden nur im Einklang mit der proukrainischen Position gemacht, die in der Ukraine von allen Medien unterstützt werde. Wenn einheimische

Einwohner bei Umfragen eine andere Meinung vertreten hätten, wären solche Beiträge nicht ausgestrahlt worden, so Gruschko.

Ihr zufolge durften die TV-Journalsiten nicht darüber berichten, dass viele Menschen gegen die von Kiew ausgerufene Mobilmachung waren und sich zu Kundgebungen versammelten, um gegen den Militäreinsatz (im Donbass – d. Red.) zu protestieren.

Bei Umfragen des Fernsehsenders in den (vom ukrainischen Militär kontrollierten) Städten Lissitschansk und Sewerodonk zek hätten sich die Einwohner negativ über das ukrainische Fernsehen geäußert und die Themen Krieg und Militär vermieden, so Gruschko....



https://fbcdn-photos-g-a.akamaihd.net/hphotos-ak-xpf1/v/t1.0-0/p526x296/11010624_460086704178312_8616937790429864397_n.jpg?oh=6842b0209df6760b25f76476aefe6cad&oe=56A85549&_qda=_1452582388_55e76831896b1f1a5693375167e23dae

Dan-news.info: Mitarbeiter des staatlichen Konzerns „Donbassgas“ haben heute in Makejewka eine Gasleitung in Betrieb genommen, die die 11. in dem staatlichen Programm zur Gasversorgung der DVR ist. Dies teilte der Pressedienst des Unternehmens mit.

„Im Bergbaubezirk von Makejewka wurde Gas an eine wieder aufgebaute Verbraucherkooperative geliefert. „Prometheus-2012“ ist das elfte Gasifizierungsobjekt, dass der Konzern „Donbassgas“ seit April 2015 in Betrieb genommen hat“.

Die Kosten des Projekts betragen etwa 600.000 Rubel, es ist vorgesehen, dass etwa 57 Inhaber privater Häuser an die Gasversorgung angeschlossen werden.

Das Programm der Gasversorgung von Ortschaften der DVR begann im April 2015 nach seiner Bestätigung durch das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko. Allein in Donezk wurden nach Untersuchungen 67 km nicht zu Ende gebauter Gasleitungen entdeckt, die entweder geplant waren oder die sich unter den ukrainischen Behörden in der Anfangsphase des Baus befanden. Es ist geplant, etwa 65 Kooperativen an das Gassystem anzuschließen.

De.sputniknews.com: Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat in Kiew an einer Sitzung des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrats teilgenommen, auf der die Reform des ukrainischen Verteidigungssystems besprochen wurde. Die ukrainische Regierung strebt eine engere Integration mit dem westlichen Militärbündnis an, schreibt die Zeitung „Kommersant“.

Am Montag hatte Nato-Chef Stoltenberg mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko die Militärübung „Ukraine 2015“ auf einem Truppenübungsplatz im Gebiet

Ljwow eröffnet. 1.100 Rettungsmitarbeiter aus 34 Ländern üben den Ernstfall in Notstandssituationen. Die Allianz werde auch bei Katastrophen eingesetzt, sagte Stoltenberg nach der Übung.

Nach Angaben des ukrainischen Vizeverteidigungsministers Igor Dolgow ist mit der Nato ein Integrationsplan konzipiert worden. Während seines Besuchs in der Ukraine schob Stoltenberg zwei Projekte des nordatlantischen Bündnisses an: Minenräumung und ein Programm zur strategischen Kommunikation.

Die Ukraine habe zwar Kurs auf eine Integration mit der Nato genommen, ist aber Präsident Poroschenko zufolge noch nicht reif für einen Beitritt. Laut Poroschenko muss die ukrainische Armee bis 2020 an die Nato-Standards angepasst werden.

Stoltenberg sprach mit dem ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrat über die Militärreform des Landes und die Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit.

Ein weiteres Thema war die Krise in der Ostukraine. Die Nato-Mitgliedstaaten würden die Wahlen in den zwei selbsternannten Republiken Donezk und Lugansk nicht anerkennen, sagte Stoltenberg. Sie würden gegen die ukrainische Verfassung und die Minsker Vereinbarungen verstoßen, ergänzte er.

Am 25. Oktober wählt die Ukraine ein neues Parlament. Lugansk und Donezk kündigten für den 1. November und 18. Oktober eigene Lokalwahlen an.

Dnr-news.com: Die Kiewer territoriale Wahlkommission registrierte Vitali Klitschko als Kandidaten für den Posten des Bürgermeisters, aufgestellt durch die regionale Organisation der Partei „Block des Petr Poroschenko“.

Vitali Klitschko war der erste offiziell registrierte Kandidat für den Bürgermeisterposten der Hauptstadt und hat jetzt das Recht, mit seinem Wahlkampf zu beginnen.



[http://dnr-](http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-09/1442995300_vitali_klitschko_4_20100115_1702662886.jpg)

[news.com/uploads/posts/2015-09/1442995300_vitali_klitschko_4_20100115_1702662886.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2015-09/1442995300_vitali_klitschko_4_20100115_1702662886.jpg)

Nachmittags:

Dnr-online.ru: Der Bürgermeister von Donezk berichtete über die Finanzierung und

Realisierung von Neubauprojekten anstelle zerstörter Häuser.

„Wir reden von 631 Privathäusern, die im Wiederaufbauprogramm erfasst sind. Jetzt werden alle notwendigen Dokumente zusammengestellt – es handelt sich um die Erfassung der Zerstörungen. Wir haben diese Arbeit praktisch beendet. Alle diese Daten werden zusammengestellt und in die RF geschickt. In der nächsten Zeit erwarten wir Baumaterial für den Wiederaufbau. Wir werden uns individuell mit dem Besitzer jedes Hauses treffen, darüber reden, was er selbst teilweise beginnen kann zu tun oder in Abhängig vom Grad der Zerstörungen schlagen wir bestimmten Varianten vor. Für die Eigentümer von Wohnraum, der nicht wiederaufgebaut werden kann, ist unser Ziel einen Rohbau zu bauen, mit Dach, Fenstern, Türen und den Infrastrukturanschlüssen. Unsere Aufgabe ist es, diesen Prozess zu kontrollieren und die Reparatur durch Geld oder Baumaterialien zu unterstützen.“

De.sputniknews.com: Fliegerhorst Büchel kann das strategische Machtgleichgewicht in Europa beeinträchtigen. Sollte dies geschehen, wird Russland entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen, wie der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Mittwoch sagte. Zuvor hatte der Fernsehsender ZDF unter Berufung auf US-Haushaltspläne berichtet, dass die Vereinigten Staaten trotz des Atomwaffensperrvertrages demnächst neue taktische Nuklearwaffen in der Stadt Büchel in Rheinland-Pfalz stationieren werden. Das Bundesverteidigungsministerium weigerte sich, dies zu kommentieren, und ein Pentagon-Sprecher erklärte in einem Gespräch mit Sputnik, dass die Vereinigten Staaten keine Verträge verletzt hätten, da sie ihre nicht-strategischen Atomwaffen seit dem Ende des Kalten Krieges angeblich um etwa 90 Prozent verringert hätten. „Das ist ein weiterer Schritt, und leider auch ein sehr ernsthafter Schritt hin zu wachsenden Spannungen auf dem europäischen Kontinent“, sagte Dmitri Peskow. Angesichts des Beschlusses des Deutschen Bundestages sei ein solches Szenario realitätsnah und werde offensichtlich auch angestrebt. Peskow zufolge könnte dies zu einem Verstoß gegen das strategische Machtgleichgewicht in Europa führen. In einem solchen Fall werde Russland entsprechende Gegenmaßnahmen ergreifen, um die Parität wiederherzustellen, betonte er. Die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland seien kein Schritt in Richtung Stabilität, Vertrauen und Sicherheit in Europa, fügte er hinzu. Zuvor hatte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, in einem Gespräch mit dem ZDF erwähnt, dass die Stationierung von weiteren Atomwaffen in Büchel eine Verletzung von Artikel 1 und 2 des Vertrages über die Nichtverbreitung von Atomwaffen sei. „Uns beunruhigt, dass Staaten, die eigentlich keine Atombomben besitzen, den Einsatz dieser Waffen üben – und zwar im Rahmen der Nato-Praxis der Nuklearen Teilhabe“, betonte sie. Sacharowa verwies darauf, dass „nicht nur in Deutschland, sondern auch in Belgien, den Niederlanden, in Italien und der Türkei“ weiterhin taktische US-Nuklearwaffen stationiert werden, wobei Russland bereits in den 90er Jahren sein Arsenal von nicht-strategischen Atomwaffen auf ein Viertel verringert hatte. Die Sprecherin fügte hinzu, dass in den USA derzeit nukleare Fliegerbomben und in den europäischen Nato-Mitgliedsstaaten Trägerflugzeuge für solche Waffen modernisiert werden.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30409/25/304092503.jpg>

Dnr-online.ru: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der DVR bleibt verhältnismäßig ruhig.

„In den letzten 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Truppen festgestellt. Gestern wurde aus Richtung Krasnogorowka mit 82mm-Granatwerfern und Abwehrgeschützen Staromichajlowka beschossen. Ein weiteres Mal erfolgte der Beschuss von den Positionen der 93. einzelnen mechanisierten Brigade. Auch wurden Sajzewo, Shabitschewo, Trudowskije mit Schusswaffen beschossen. Aus Richtung Peski wurde mit Granatwerfern das Gebiet des Volvo-Zentrums der Stadt Donezk beschossen.

Unter Nutzung der Vereinbarungen über eine Feueinstellung verlagern die ukrainischen Truppen weiterhin aktiv Soldaten und Militärtechnik entlang der Abgrenzungslinie. Nach Informationen unserer Aufklärung wurden in Konstantinowka 25km von der Abgrenzungslinie die Stationierung von 20 Panzern festgestellt, südlich der Ortschaft Wosdwishenka, 30 km von der Abgrenzungslinie, wurde die Stationierung eines Mehrfachraketenwerfers „Uragan“ festgestellt. Außerdem wurde im Gebiet von Otscheretino die Durchführung einer Übung des Kommandostabs mit Abteilungen der 53. einzelnen mechanisierten Brigade in Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine und dem Innenministerium der Ukraine durchgeführt. Als Ziel der Übungen wurde die Säuberung von Otscheretino und Keramik durch die Kräfte des Sicherheitsdienstes der Ukraine und der 3. Brigade gesetzt, die Aufgabe der Abteilung des Innenministeriums war die Verstärkung der Checkpoints.

Vor dem Hintergrund des am 22. September erfolgten Treffens der Unterarbeitsgruppen zur Unterzeichnung einer Vereinbarung über den Abzug von Waffen von unter 100mm und Panzern verletzen die ukrainischen Kommandeure weiterhin das Regime der Feueinstellung.

Die ukrainische Delegation hat ein weiteres Mal die Unterzeichnung eines Abkommens über den Abzug von Waffen von der Kontaktlinie zum Scheitern gebracht, was vom Unwillen Kiews zeugt, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen“, teilte Eduard Basurin mit.

De.sputniknews.com: Die Ukraine wird voraussichtlich in der nächsten Etappe der Krim-Blockade die Stromlieferungen auf die Halbinsel einstellen, wie der Fernsehsender „112 Ukraina“ mitteilt.

Darüber sprach der Parlamentsabgeordnete von der Fraktion „Block von Petro Poroschenko“ und Vorsitzende der Organisation „Medschlis des krimtatarischen Volkes“, Refat Tschubarow,

in einer Sendung des ukrainischen „Fünften Kanals“.

„Wir schließen nicht aus, dass die Einstellung der Stromlieferungen den Schwerpunkt der zweiten Etappe der Aktion bilden wird“, so Tschubarow. Nach seiner Meinung soll diese Maßnahme im Oktober erfolgen. Nach Angaben des Abgeordneten gibt es an den Grenzübergängen Kalantschak und Tschaplinka weiterhin große Lkw-Warteschlangen, obwohl rund 40 Fahrzeuge am Dienstag umgekehrt und in andere Städte der Festland-Ukraine gefahren seien, so Tschubarow.

Zuvor wurde berichtet, dass Aktivisten der radikalen Nationalistenmiliz „Rechter Sektor“, die in diesen Tagen eine Lebensmittelblockade gegen die Krim initiiert hatte, Umleitungswege zur Krim für den Verkehr gesperrt haben.

Dan-news.info: Mehr als 200 Einwohner der DVR haben in der Hauptstadt eine Protestaktion am Gebäude durchgeführt, wo die Vertreter der internationalen Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ untergebracht sind. Dies berichtete einer der an der Kundgebung teilnehmenden Aktivisten Iwan Lezkij.

„227 Einwohner der DVR haben ihre Unzufriedenheit mit der internationalen Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ in Zusammenhang mit dem letzten Vorfall in der LVR zum Ausdruck gebracht“, erklärte er.

Zuvor hatte Mitte September das Staatssicherheitsministerium der LVR im Zug von Überprüfungen der Tätigkeit der internationalen Organisation festgestellt, dass in den Lagern von Ärzten ohne Grenzen in Lugansk ungesetzliche psychotrope Präparate gelagert werden. Außerdem wurden Verstöße gegen die Regeln der Lagerung von Medikamenten und gegen den Brandschutz festgestellt. Diese Fakten haben die Aufmerksamkeit von Aktivisten in der DVR auf sich gezogen, die über soziale Netzwerke die Kundgebung organisiert haben, die am 22. September stattfand.

„Zu der Protestaktion wurden alle Interessierten eingeladen, die Menschen kamen mit selbstgemachten Plakaten. Wir haben gefordert, dass Ärzte ohne Grenzen Rechenschaft über seine Arbeit in der letzten Zeit ablegt, unter anderem über die Zusammenarbeit mit Krankenhäusern und Militärkrankenhäusern und den Bürgern eine Dokumentation über die vorhandenen Medikamente und Lizensierungen für die Präparate vorlegt.“

Nach den Worten des Teilnehmers der Aktion kamen Vertreter von Ärzten ohne Grenzen zu den Demonstranten und traten in einen Dialog mit ihnen.

„Viele Dokumente konnte die Organisation nicht vorweisen, entweder aufgrund fehlender Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium oder wegen eigenem Unwillen“, sagte Lezkij.

„Die Mitarbeiter von Ärzten ohne Grenzen waren deutlich nervös und versuchen vom Thema abzulenken“.

Einwohner der DVR hatten schon zuvor ihre Unzufriedenheit mit der Tätigkeit von Ärzten ohne Grenzen deutlich gemacht. Am 31. August fand auch eine Protestkundgebung am Gebäude der Donezker Vertretung der Organisation statt. Die Demonstranten erklärten, dass „Ärzte ohne Grenzen das Leiden der friedlichen Bevölkerung aufgrund der militärischen Aggression Kiews ignorierten und nicht gemäß dem Gesetz ihre Tätigkeit mit den Behörden der Republik abstimmen wollten.“

De.sputniknews.com: Die von Kiew bekundete Absicht, zunächst Wahlen durchzuführen und erst dann eine Amnestie zu vollziehen, bedeutet laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow eine massive Verdrehung des Wesens der Minsker Vereinbarungen.

Die Amnestie müsse vor den Wahlen erfolgen, betonte Lawrow. Der Minister nahm Bezug auf die Minsker Vereinbarungen, laut denen die Wahlen entsprechend den OSZE-Kriterien stattfinden müssen. „Eines der Kriterien ist die Schaffung von Bedingungen, unter denen niemand eingeschüchtert bzw. verfolgt etc. wird“, so Lawrow.

Die Minsker Vereinbarungen sehen ein Amnestiegesetz vor, „das die Verfolgung und Bestrafung von Personen wegen der Ereignisse verbietet, die in einzelnen Rayons der

Gebiete Donezk und Lugansk der Ukraine stattgefunden haben“.

„Die Minsker Vereinbarungen beinhalten, dass sich Kiew, Donezk und Lugansk auf die Wahlmodalität einigen“, so der Außenminister. Er betonte zudem, dass in den Minsker Vereinbarungen kein Wahltermin festgelegt sei.

Die ukrainischen Behörden haben die Wahlen zu den örtlichen Machtorganen für den 25. Oktober angesetzt, während die „Lugansker Volksrepublik“ (LVR) und die „Donezker Volksrepublik“ (DVR) die Wahlen für den 1. November beziehungsweise für den 18. Oktober planen.

Die Behörden der selbsterklärten Volksrepubliken haben wiederholt erklärt, die Wahlen unabhängig von den Absichten Kiews durchführen zu wollen. Zur Begründung hieß es unter anderem, Kiew habe einseitig das Gesetz „Über die Lokalwahlen“ angenommen, ohne es mit Lugansk und Donezk abgestimmt zu haben, was im Widerspruch zu den Minsker Vereinbarungen stehe.

kpdnr.ru: Am 19./20. September 2015 wurden bei der Zentralen Wahlkommission der DVR die nötigen Dokumente für die Registrierung von Kandidaten der Kommunistischen Partei der DVR zur Teilnahme an den Wahlen zu den Oberhäuptern von Städten und Bezirken der Republik eingereicht:

Kandidaten gibt es in den Städten Makejewka, Jenakiewo, Charzysk, Kirowskoje und im Nowoasowskij-Bezirk.

Am 22. und 23. September erhielten die Kandidaten die Zulassung und haben mit der Sammlung von Unterstützungsunterschriften für ihre Kandidatur begonnen. Die Unterschriftenlisten müssen bis zum 27.09.2015 bei der Zentralen Wahlkommission abgegeben werden.

Wir wünschen allen unseren Kandidaten bei den Vorwahlaktivitäten Erfolg und den Sieg bei den Wahlen.

De.sputniknews.com: Der ukrainische Premierminister Arseni Jazenjuk hat den Beginn einer Reform der Sicherheitsbehörden in Kleinstädten und Dörfern angekündigt, wo Sherifs eingesetzt werden sollen.

Laut Jazenjuk handelt es sich bereits um das zweite Programm zum Einsatz von Polizisten auf den Straßen im Land. „Ich würde das als Programm des ‘ukrainischen Sherifs’ bezeichnen“, sagte er.

Die Revierpolizisten sollen entsprechend dem Programm durch neue Beamte ersetzt werden, die „nicht nur neue Uniformen und Autos, sondern auch eine neue Philosophie, eine neue Einstellung zur Sache“ haben werden.

Für die weitere Reformierung der Sicherheitsbehörden sollen zusätzlich 140 Millionen Griwna (etwa 6,5 Millionen Dollar) bereitgestellt werden.

Außerdem verhandle die Ukraine weiterhin mit Vertretern der USA, Kanadas und der EU-Länder über die Finanzierung des Programms für das laufende und das kommende Jahr, so Jazenjuk.

Zuvor hatte der ukrainische Premierminister erklärt, dass das Herangehen bei der Gestaltung der ukrainischen Streitkräfte den Nato-Standards exakt entsprechen soll.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30437/21/304372176.jpg>

Abends:

De.sputniknews.com: Deutsche Medien haben über die Stationierung neuer US-Atomwaffen in Deutschland berichtet. Auf dem deutschen Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz sollen US-Atombomben des Typs B61-12 stationiert werden.

Der russische Militärexperte und Mitglied im Fachbeirat des russischen Verteidigungsministeriums Igor Korotschenko sagte, dass im Falle der Stationierung neuer US-Atomwaffen der deutsche Fliegerhorst Büchel ins Visier russischer Interkontinentalraketen genommen werde.

Der Fliegerhorst in Rheinland-Pfalz könne mit Überschallbombern des Typs Tu-22M3 oder Interkontinentalraketen erreicht werden, so Korotschenko.

Laut dem Experten würden US-Nuklearwaffen gemäß den Nato-Plänen im Kriegsfall durch die Mitgliedsstaaten der Nato eingesetzt. „Damit wird die nationale Kontrolle über US-Nuklearwaffen anderen Ländern übergeben, was gegen den Atomwaffensperrvertrag verstößt“, so Korotschenko.

Das deutsche Verteidigungsministerium hat bislang keine Stellungnahme zu den Medienberichten abgegeben. Vertreter des Pentagons behaupten, die USA würden gegen keine Atomwaffensperrverträge verstoßen.

Gefunden auf der Facebook-Seite von Olga Katsaros: "Rechter Sektor" und "Asow" randalierten in Charkow am Grundstück des Rada-Abgeordneten Michail Dobkin (Oppositionsblock) und stürmten danach die Stadtverwaltung. Die "friedlichen Aktivisten" verwendeten Tränengas, Farbbeutel und Bengalos:



https://fbcdn-photos-g-a.akamaihd.net/hphotos-ak-xtf1/t31.0-0/p526x395/12052445_851175388323982_5191315613486260104_o.jpg



https://scontent-fra3-1.xx.fbcdn.net/hphotos-xtf1/v/t1.0-9/12006299_851175488323972_4549577809212444332_n.jpg?oh=5c0cd4dd53e7560680ff9448a5971feb&oe=5660B0FD

De.sputniknews.com: Die Ukrainer haben mit dem Sammeln von Unterschriften zur Umbenennung der Krim begonnen. Wie das russische Internetportal mail.ru am Mittwoch berichtete, wurde eine entsprechende Petition auf der Website von Präsident Petro Poroschenko am Dienstag veröffentlicht.

Nach Ansicht des Urhebers des Vorschlags, Leonid Schazilo, sollte die Halbinsel in die Krimtatarische Autonome Republik umbenannt werden. Damit die Initiative von den Behörden erörtert wird, soll sie von mindestens 25.000 Befürwortern unterschrieben werden. Bislang haben nur 134 Bürger der Ukraine die Idee unterstützt. Die Unterschriften werden noch im Laufe von 90 Tagen gesammelt.



ЕЛЕКТРОННІ ПЕТИЦІЇ

Офіційне інтернет-представництво Президента України

СТВОРИТИ ЕЛЕКТРОННУ ПЕТИЦІЮ

Пошук електронних петицій



СТЬ ЗВЕРНЕННЯ:

Переїменувати Автономну Республіку Крим на Кримськотатарську Автономну Республіку

Прізвище, ім'я, по батькові автора (ініціатора): Шацко Леонід Адамович

Статус: триває збір підписів

Петиція №02/000981-еп. Подана 22.09.2015

Дата початку збору підписів: 22.09.2015

ТЕКСТ ЕЛЕКТРОННОЇ ПЕТИЦІЇ:

ініціювати в Верховній Раді питання про перейменування Автономної Республіки Крим на Кримськотатарську Автономну Республіку

ПЕРЕЛІК ОСІБ, ЯКІ ПІДПИСАЛИ ЕЛЕКТРОННУ ПЕТИЦІЮ

ЗАГАЛЬНА КІЛЬКІСТЬ ОСІБ,
ЯКІ ПІДПИСАЛИ
ЕЛЕКТРОННУ ПЕТИЦІЮ:



До кінця збору підписів
залишилося

90 днів

ПІДТРИМАТИ ЕЛЕКТРОННУ
ПЕТИЦІЮ:

<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30447/87/304478770.png>